

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington



## **News aus Washington Juli 2004**

### ***Fahrenheit 9/11***

**Kostet Michael Moores Film Präsident Bush die Wiederwahl?**

*Franz-Josef Reuter/Eike Kraft*

**EU versus USA: BIP und Wachstum im internationalen Vergleich**

*Franz-Josef Reuter/Marielle Eckes*

***Outsourcing-Debatte spielt prominente Rolle***

*Franz-Josef Reuter/Marielle Eckes*

**Kanada nach den Parlamentswahlen – Business as usual?**

*Franz-Josef Reuter/Matthias Matz*

**Der „EU-Amerika-Gipfel“ im irischen Newmarket-on-Fergus –  
zurück zur transatlantischen Partnerschaft?**

*Franz-Josef Reuter/Daniel Gerlich*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

## **„Fahrenheit 9/11“**

### **Kostet Michael Moores Film Präsident Bush die Wiederwahl?**

---

Die Erscheinung ist nicht neu. Man kennt es von Filmen wie „Spiderman“ oder „Krieg der Sterne“. Seit dem 23. Juni 2004 ist in vielen Städten der USA wieder einmal ein Kino-Fieber ausgebrochen. Lange Schlangen bilden sich vor den Schauspielhäusern, unter ihnen Zuschauer, die sich bereit erklären auf dem Boden Platz zu nehmen, um noch eine Karte zu ergattern. In Anlehnung an Mel Gibson Filmwerk spricht die Presse von einem neuen „Passion of the Christ“-Hype. Doch geht es hier nicht um den neuesten Streifen aus Hollywood, sondern um eine Produktion aus dem Genre der politischen Dokumentation, zumindest wird sie in diese Rubrik eingeordnet. Die Rede ist von Michael Moores neuem Film „*Fahrenheit 9/11*“.

Spätestens seit „Bowling for Columbine“ ist bekannt, was von Michael Moores Filmen zu erwarten ist. Wiederum präsentiert der Filmemacher einen emotional geladenen, berührenden, provokanten aber auch gut konzipierten, ansprechenden und sehenswerten Film. Schon der Titel erscheint provozierend gewählt, knüpft er doch an den 1953 erschienenen Roman „Fahrenheit 451“ von Ray Bradbury an, der eine brutale und futuristische Gesellschaft entwarf, in der Bücher verbrannt und verbannt wurden. Vorgewarnt durch Moores strittige Darstellung der amerikanischen Gesellschaft als beschränkte Waffenfanatisten in „Bowling for Columbine“, entbrannte bereits vor der Film Premiere des aktuellen Films ein heftiger Streit um die Intention Moores und die Darstellung der republikanischen Bush-Administration in *Fahrenheit 9/11*. Was für die Einen eine objektive Dokumentation darstellt, ist für die Anderen eine propagandistische, verleumderische politische Kampagne eines amerikanischen Liberalen gegen die amtierende Administration und Präsident George W. Bush, der in dem Streifen in einem äußerst fragwürdigen und negativen Licht erscheint.

Die Streitereien im Vorfeld, aber besonders die kontroversen Kommentare nach der Film Premiere, verschaffen dem Film ungeahnte Publicity. Als bisher erfolgreichste Dokumentation in der amerikanischen Filmgeschichte - ausgenommen die IMAX-Filme - spielte Moores Beitrag am ersten Wochenende 23,9 Millionen Dollar ein, letztes Wochenende überstiegen die Einnahmen die 50 Millionen-Marke und es wird erwartet, dass nach drei Wochen Programm Einnahmen in Höhe von 100 Millionen Dollar erzielt werden können. Auch das Hineindrängen in die äußerst linke politische Ecke durch die Republikaner konnte nicht verhindern, dass die für einen solchen Film eindeutige Rekordzahl von ca. 900 Kinos amerikaweit das neue Produkt ausstrahlen. Bei den Zuschauern handelt sich dabei keineswegs nur um Moore-Fans oder das Wählerpotential der Demokraten. Nicht nur in den liberaleren Städten läuft der Film sehr gut an, die Struktur der Zuschauer lässt sich nicht eindeutig bestimmen und scheint alle Gesellschaftsschichten und politischen Lager zu erfassen. Die meisten Zuschauer am ersten Freitag waren Männer, am ersten Samstag waren die

Mehrzahl der Besucher Frauen. Besucherrekorde finden sich sowohl in großen als auch in kleinen Städten, in blue als auch in red states.

Schon zu Beginn des Films wird Moores Intention dem Zuschauer eindeutig vermittelt. Sein Ziel ist es, die Bush-Administration und den amtierenden amerikanischen Präsidenten in einem schlechten Licht erstrahlen zu lassen, indem er den Zuschauer mit verschiedensten mehr oder minder belegbaren Behauptungen konfrontiert, untermalt durch eine Auswahl von Bushs bildlichen, inhaltlichen und rhetorischen Ausrutschern. Moore selber liefert mit seiner Aussage in einem Interview bei ABC: „Ich möchte Bush gerne aus dem Weißen Haus entfernt sehen“, die Grundlage für scharfe Kritik an der Objektivität und Empirie seiner Dokumentation. Republikanische Kreise sprechen von einem 116 minütigen Angriff des liberalen Moore auf den amerikanischen Präsidenten und seine Politik. Und auch dem neutralen Betrachter erscheint der Film eher als Beitrag zu einer Anti-Bush Kampagne als eine Dokumentation. Seit 1992, als Rapper Sister Souljah für Präsident Clinton Stellung bezog, gab es keinen solch politischen Beitrag aus der kulturellen und künstlerischen Szene in einem Präsidentschaftswahlkampf. Moores Film kann als ein solcher Beitrag bezeichnet werden und er scheint der am heißesten debattierte politische Film seit Oliver Stones „JFK“ vor 13 Jahren zu werden, mit dem Unterschied, dass es sich bei Oliver Stone um Verschwörungstheorien in einem geschichtlichen Fall handelte, während Moore sich mit dem aktuell amtierenden US-Präsidenten beschäftigt.

Gepaart mit dem einschlagenden Erfolg des Films, führt vor allem die klare Intention Moores zu starker Unruhe im republikanischen Lager. Auch wenn das Weiße Haus und republikanische Kreise versuchen, den Film herunterzuspielen, erkennt man doch aus vielen -teils unbedachten- Reaktionen eine gewisse Angst und Aufregung unter den Konservativen, der Film könnte ein entscheidender Faktor im Wahlkampf gegen Bush werden. Besonders besorgt ist man über Bushs Umfrageergebnisse, die durch den Film wieder deutlich in den Keller sinken könnten, nachdem sie sich vorerst erholt hatten. Republikanische Anhänger versuchen deshalb, einem solchen Trend entgegenzuwirken. US-Filmmacher Michael Wilson dreht zur Zeit an einer Gegendokumentation mit dem Titel: „Michael Moore hasst Amerika“ und bald soll ein Buch mit dem Titel „Michael Moore is a Big Fat Stupid White Man“ erscheinen, in Anspielung auf Moores „Stupid White Men“. Bereits vor der Veröffentlichung des Films beschied White-House Kommunikationsdirektor Dan Bartlett Moores Werk mit dem Etikett „falsche und böswillige Verleumdungen“ und Alt-Präsident Bush sprach von „gemeinen Attacken gegen meinen Sohn“ und bezeichnete Moore als „Schleimbeutel“. Die Republikanergruppe „Move America Forward“ ruft zum Filmboykott auf und laut Moore hätten konservative Kreise tatsächlich beinahe die Veröffentlichung des Films verhindert, da Disney-Chef Michael Eisner persönlich intervenierte, um die Disney-Tochter Miramax zur Einstellung der Finanzierung des Projekts zu zwingen. Doch nach dem Erfolg des Films bei der Goldenen Palme in Cannes ist der Siegeszug des Filmmachers nicht mehr aufzuhalten. Die konservative Advokaten-Gruppe Citizens United reichte deshalb

Klage vor der Bundeswahlkommission ein, um eine weitere Ausstrahlung des Films zu verhindern. Sie klagen Bundesgesetze ein, die unternehmerisch finanzierte politische Attacken im Wahlkampf verbieten. Tatsächlich könnte eine Entscheidung der Kommission zu einem anderen Fall dazu führen, dass Moore den Film ab dem 30. Juli entschärfen muss.

Michael Moore ist kein eingeschriebener Demokrat und er bietet demjenigen, der einen Fehler in seinem Film aufdeckt 10.000 Dollar. Auch übt er Kritik an demokratischen Politikern, wie dem Vorsitzenden der demokratischen Minderheit im Kongress und dessen Engagement zur Überzeugung der demokratischen Senatoren, hinsichtlich des Krieges im Irak. Doch erfolgen diese kritischen Hinweise im Film fast unmerklich und gehen durch die scharfen Angriffe auf Bush am Zuschauer vorbei. Auch wenn sich Moore hiervon offiziell distanziert, so reiht sich der Film doch in eine starke Anti-Bush-Kampagne demokratischer Anhänger ein. Seit die Republikaner ihre Macht mehr und mehr konsolidieren, mehren sich diese scharfen Angriffe aus dem demokratischen Lager. In den 70er Jahren bezeichneten sich noch 21 Prozent der Amerikaner eher als Demokrat statt als Republikaner, diese Zahl sank kontinuierlich. In den 90er Jahren lag der Vorsprung der Demokraten bei neun Prozent und mittlerweile sind beide Parteien bei der Sympathie gleich auf. Seit einem Jahrzehnt halten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus, seit 1994 kontrollieren sie mit Ausnahme von zwei Jahren den Senat und 16 der letzten 24 Jahre konnten Republikaner das Weiße Haus für sich beanspruchen. Manche Demokraten scheinen den scharfen Angriff Moores deshalb als willkommene Einladung zu einer Klimax in der Kampagne zu sehen und erweckten durch ihre Anwesenheit bei der Premiere den Anschein einer Unterstützung durch das demokratische Establishment. Die offizielle Wahlkampfmannschaft um Herausforderer John Kerry hält sich jedoch bisher von dem Film und Moores Meinungen deutlich fern.

Eine objektive Beurteilung der Wirkung des Films erscheint kaum möglich, zu sehr spielt Moore mit den Emotionen der Zuschauer. Während er die Weinkrämpfe der Mutter eines im Irak getöteten Soldaten -der kurz vor seinem Tod noch einen Brief über den „Menschen“ im Weißen Haus geschrieben hat, in dem er empfiehlt, diesen nicht mehr zu wählen- zeigen andere Bilder Bush bei Empfängen im Kreise der Wirtschafts- und Politikeliten und auf der Golf-Range mit immer lockeren Kommentaren zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wie schwer eine objektive Beurteilung des Effekts auf die Zuschauer fällt, zeigt ein online-Ranking, bei dem 64 Prozent der Befragten den Film mit der Bestnote und 30 Prozent der Befragten ihn mit der schlechtesten Note bewerteten. Eine neutrale Meinungsmittelpunkt scheint es hier nicht zu geben. Im Kino selber erlebt man auf der einen Seite Empörung, Hass und Tränen und auf der anderen Seite Applaus für Bush, Menschen die das Kino empört verlassen und Aufruhr über Moores Aussagen. Auch professionelle Kommentatoren scheinen emotional stark berührt und schreiben unter diesem Einfluss recht subjektiv. Amerika's Gesellschaft ist auch zu Michael Moores Film polarisiert.

Das Time Magazine bietet mit dem Begriff „poli-tainment“ eine Phrase an, die die gesamte Tendenz der amerikanischen Politik und Wahlkampf-führung sehr gut umschreibt und auch Moores Film besser charakterisiert, als der Begriff der Dokumentation. Sein Werk ist Vorreiter eines neuen Filmgenres, welches sich gerade aktuell vielversprechend in den USA entwickelt. Es handelt sich hierbei um politisch motivierte Filme, die äußerst provokativ, aktuelle politische Fragen behandeln. Im Fahrtwind von Michael Moore befindet sich beispielsweise der von Clinton-Freund Harry Thomason co-produzierte Film „The Hunting for the President“, der sich mit der angeblichen Kampagne gegen Ex-Präsident Bill Clinton befasst. Zurecht stellt sich die Frage, ob dieses poli-tainment nur ein weiterer Schritt hin zu einer völligen Medialisierung der amerikanischen Wahlkämpfe und der Politik im Allgemeinen ist. Erwartet das politische Amerika von nun an in den Kampagnen nicht nur traditionelle TV-Wahlkampfinszenierungen, sondern Filme, Bücher, vielleicht sogar Video Spiele -so fragt das Time Magazine- in denen der politische Gegner aggressiv angegriffen und diffamiert wird?

Die zentrale Frage bei solchen, als Dokumentation getarnten einseitigen Darstellungen wie *Fahrenheit 9/11* ist, inwieweit Fakten ausgelassen und gedehnt werden dürfen, um das vom Autor erwünschte Bild zu erzeugen. Besonders zwei Aspekte erscheinen im Moore-Film äußerst fragwürdig. Zum einen ist dies die konfuse Darstellung einer Verbindung zwischen der Bush und der Bin Laden Familie. Moore lässt durch seine Darstellung meinen, Bush habe beispielsweise Taliban-Vertreter als texanischer Gouverneur bei deren Reise nach Texas empfangen. Tatsächlich trafen die Taliban mit Bush bei dieser Reise nicht zusammen. In diesem Zusammenhang nennt Moore auch die Verbindung der Saudis zum Bush-Clan. Aussagen, nachdem kurz nach den Anschlägen des 11. September 2001 hochrangige saudische Staatsbürger mit Angehörigen der Bin-Laden Familie auf Sondergenehmigung des Präsidenten ausgeflogen worden seien, lassen sich so nicht eindeutig belegen. Tatsächlich haben diese Flüge stattgefunden, allerdings erst nachdem das allgemeine Flugverbot aufgehoben war und das FBI die Ausfliegenden gecheckt hatte. Dem politisch informierten und vorsichtigen Betrachter eröffnet sich bei Ansicht des Films sehr bald, dass es sich bei den Aussagen und Bildern um einseitig ausgewählte und in eine bestimmte Richtung interpretierte Ausschnitte eines Gesamtbilds handelt, um Bush und seine Administration in einem negativen Lichte darzustellen. Moore versucht, Bush als Teil einer wirtschaftlich wohlhabenden finanziellen Elite zu präsentieren, die nur nach ihrem eigenen Vorteil handelt. Alle Handlungen werden unter dem Aspekt von persönlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Akteure betrachtet, was manchmal gar ein bisschen verschwörungstheoretisch erscheint. Besonders deutlich wird die Problematik der Interpretation am Streit über die mittlerweile berühmten Minuten, die Bush nach Information über die Anschläge durch seinen Stabschef bei einem Schulbesuch in einer Schulklasse regungslos verweilte. Moore untermalt diese Bilder äußerst polemisch. Seine Darstellungen rufen beim Zuschauer aufgrund der vorhergehenden Bilder von Bushs Urlaubsaktivitäten den Eindruck eines

unschlüssigen, hilflosen und inkompetenten Präsidenten hervor. Andere würden sein Verhalten als bedacht und staatsmännisch ruhig bezeichnen.

Kann also dieser polarisierende Film *Fahrenheit 9/11* eine entscheidende Rolle im Präsidentschaftswahlkampf 2004 spielen?

Moore gewohnt emotionale Art seine Anliegen zu vermitteln birgt noch stärker als bei „Bowling for Columbine“ die Gefahr, die Zuschauer mitzureissen und gerade den unschlüssigen Wähler im Sinne der Intention des Filmemachers zu beeinflussen. Amerikas politische Anhängerschaft ist jedoch traditionell tief gespalten, eine Beeinflussung der meist tief verwurzelten Überzeugung ein Demokrat oder Republikaner zu sein, erscheint als schwierig. Bei Experten ist selbst die Wirkung des Films auf Wechselwähler umstritten. Professor Jack Pitney vom Claremont McKenna College in Kalifornien erwartet durch den Film eher eine Vertiefung der Spaltung innerhalb der jeweiligen Anhängerschaft. Bush-Fans würden den Präsidenten noch stärker unterstützen und Bush-Kritiker ihre Antipathie gegen die Administration verstärken, so Pitney. Wechselwähler werden nach Meinung des Professors kaum beeinflusst. Jedoch zerstört der Film – und dies ruft bei den Republikanern auch die starken Befürchtungen hervor – das bisher vorherrschende Bild eines George W. Bush als „normaler amerikanischer Mann und Bürger“ und stellt ihn in die Ecke eines privilegierten Wirtschaftsfreundes. Hierdurch schwimmt vor allem die Konfliktlinie gegen den von konservativer Seite gern als zweifelhaft kosmopolitisch, elitär und wohlhabend dargestellten Kerry, was die konservative Kampagne erheblich stören könnte. Kurz nach Anlauf des Films schnellten die Internet-Spenden für Kerry ohne besonderen Anschlag durch den Kandidaten auf einen neuen zwei Tages-Rekord von fünf Millionen Dollar, scheinbar durch Zuschauer, die nach Ansicht des Films über Internet ihre Unterstützung durch eine Spende bekunden wollten. Die Behauptung, Präsident Bush und seine engsten Vertrauten profitieren von den Kriegen in Afghanistan und Irak und stellen ihre eigenen Interessen über die des Landes, sind schwere und bei den amerikanischen Zuschauern tief treffende Anschuldigungen.

Auch wenn der Effekt des Films auf die Wähler schwer meßbar ist, so kann man wohl dem Time-Magazine bei seiner Einschätzung folgen, dass der neue Moore-Film ein potentieller Faktor im Präsidentschaftswahlkampf 2004 sein dürfte. Moore selber hofft vor allem auf die Motivierung der ca. 50 Prozent amerikanischer Nichtwähler. Indem er in seinem Film vor allem die benachteiligten Gesellschaftsschichten anspricht und sich als einer von ihnen darstellt, könnte er entscheidenden Einfluss auf diese Wählergruppe haben. Eine entscheidende Rolle wird wie schon bei der Wahl 2000 das Wählerpotential von Ralph Nader sein. Diese vier bis sechs Prozent könnten das Kopf-an-Kopf Rennen von Bush und Kerry diesmal zugunsten der Demokraten entscheiden. Moore möchte durch seine dramatische und emotionale Darstellung vor allem diesen Menschen den Ernst der Lage nahebringen und ihre Stimmen für Kerry

gewinnen. Larry Sabato, Politikwissenschaftler an der University of Virginia, hält dies für eine durchaus realistische Option.

Ohne Zweifel soll *Fahrenheit 9/11* die Menschen mitreißen, so Moore, und zum „Rauswurf“ von Präsident Bush aus dem Weißen Haus führen. Ersteres ist dem Filmemacher mit einem ansprechenden und sehenswerten Film definitiv gelungen, ob er Zweiteres erreicht, bleibt vorerst unklar und wird -wenn überhaupt- erst nach der Wahl in Umfragen erfasst werden können. Bis dahin werden die Schlangen an den Kinokassen sicher nicht entscheidend kürzer. Denn wie Moore den „Passion of the Christ“-Effekt seines Films beschreibt: die Menschen -und seien sie noch so starke Bush-Anhänger- möchten beim Abendessen mitreden können. Und für genug Gesprächsstoff sorgt der Film schon allemal.

Bislang läßt der Film die Meinungsumfragen unbeeinflusst. Einer letzten Meinungsumfrage von Mitte Juli zur Folge sind beide Wahlager, sowohl Demokraten als auch Republikaner, in etwa gleich stark. Auf die Frage Bush oder Kerry antworten derzeit 44% der Befragten zu Gunsten einer neuerlichen Amtszeit des US-Präsidenten und 46% würden für den demokratischen Herausforderer John Kerry votieren. Noch ist alles bloße Spekulation und es ist verfrüht, konkrete Schlußfolgerungen aus den an Vielfältigkeit nicht zu überbietenden Meinungsumfragen ableiten zu wollen. Der eigentliche Wahlkampf wird mit den Parteitagen der Demokraten Ende Juli in Boston und mit dem der Republikaner Ende August d.J. in New York eingeleitet. Erst dann geht es um die Ganze, die finanziellen als auch strategischen Ressourcen werden dann voll ausgeschöpft werden und jedes Mittel Recht sein, Stimmen der noch unentschiedenen Wählerschaft (derzeit mit 12% beziffert) zu rekrutieren und vor allem die notorische Nichtwählerschaft zum Urnengang zu bewegen.

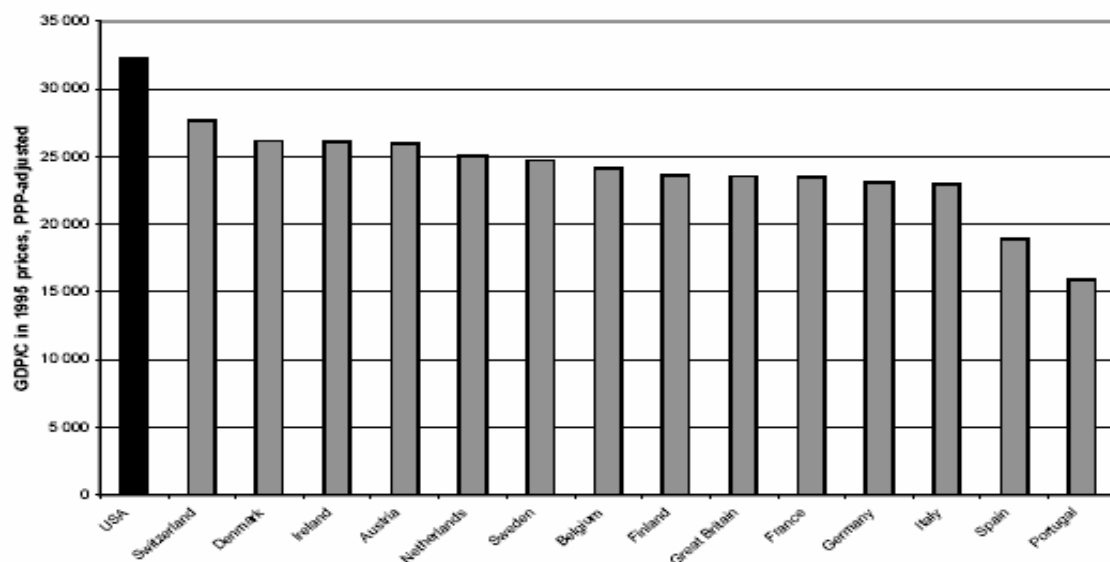
\*\*\*

## EU versus USA: BIP und Wachstum im internationalen Vergleich

Wäre die Europäische Union ein Bundestaat der Vereinigten Staaten, würde die EU dann zu den reicheren oder den ärmeren Staaten zählen? Dieser interessanten, allerdings hypothetischen Frage gehen Ökonomen des schwedischen Think Tanks *Timbro* in ihrer neuesten Studie "EU versus USA" nach und kommen zu überraschenden Erkenntnissen. (<http://www.timbro.se/>). Die Studie zeichnet ein nicht sehr rosiges Bild, sowohl für die deutsche als auch die gesamteuropäische Wirtschaft. Danach klafft das Wohlstandsgefälle zwischen den USA und der Europäischen weiter auseinander und führt die Lissaboner Beschlüsse der EU ad absurdum, in Kürze der reichste und produktivste Wirtschaftsraum der Welt werden zu wollen. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und auch Deutschlands fällt –so die Timbro-Studie- deutlich niedriger aus, als das fast aller amerikanischer Bundesstaaten - mit lediglich nur vier Ausnahmen.

Tatsächlich liegt das BIP pro Kopf der allermeisten EU-Staaten (EU-15/EU-25) unter dem Niveau der großen Mehrzahl der amerikanischen Bundesstaaten. In der Wohlstandstabelle liegen die EU-Staaten lediglich gleich auf mit Staaten wie Arkansas, Montana, Mississippi oder West Virginia. Besonders starke Differenzen sind beim internationalen Vergleich der Konjunkturdaten zu erkennen. Europa hinkt dem Wirtschaftsriesen USA sowohl im BIP pro Kopf als auch in den BIP Wachstumsraten stark hinterher.

Diagram 2:1. Per capita GDP in the European countries and in the USA, 2000, current prices and PPP-adjusted.



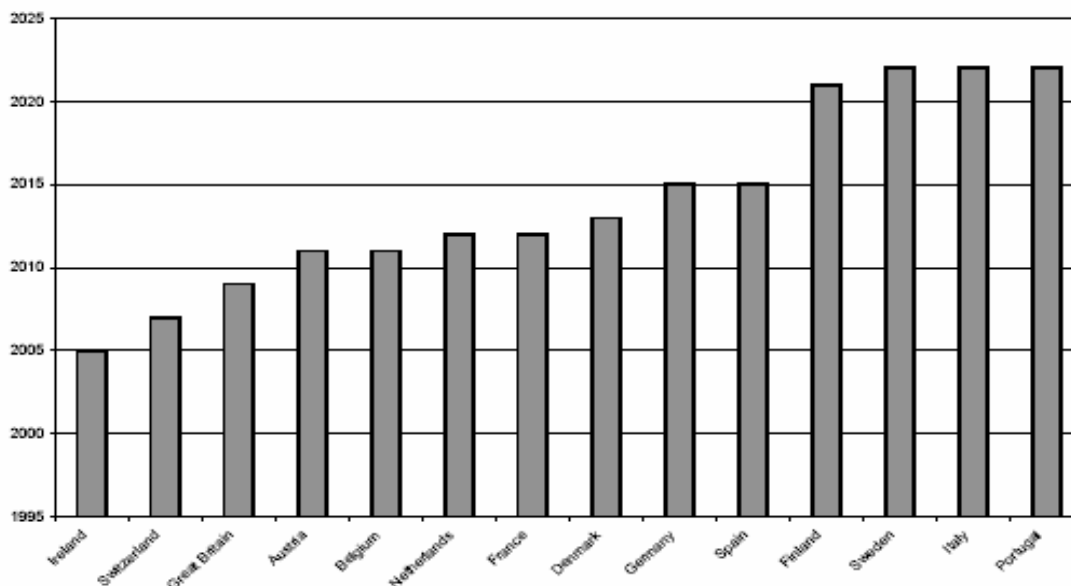
Source: Eurostat.



Und die Diskrepanz scheint auch noch weiter anzuhalten. Ökonomen erwarten für die Eurozone in 2004 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,0%. Damit bleibt die Eurozone einmal mehr hinter den USA zurück, heißt es in dem Jahresbericht 2004 der European Economic Advisory Group. Für die USA wird mit einem BIP-Wachstum um 4,2% gerechnet und für alle Industrienationen zusammen ein BIP-Wachstum von 3,0% prognostiziert.

**Aller Wahrscheinlichkeit nach benötigt Europa lange Zeit, um mit den USA gleichzuziehen.** Das BIP der Vereinigten Staaten liegt deutlich ueber dem Europas und das schon seit geraumer Zeit. Die amerikanische Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten schneller gewachsen als die meisten Länder Europas, inclusive Frankreich, Deutschland und Schweden. Es ist unbestreitbar, daß der Durchschnittseuropäer in der Euroregion 30 Prozent ärmer ist (gemessen in BIP pro Kopf bei KKS<sup>1</sup>) als der Durchschnitts-Amerikaner. Der Zustand hat sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Nach der Meinung von Dr. Fred Bergström und Robert Gidehag, den Verfassern der Studie, wird es den EU-Staaten selbst bei starkem Wachstum lange nicht gelingen, mit den USA gleichzuziehen. Eine interessante Beobachtung ergibt jedoch, das Irland, als einziges EU-Land, am ehesten in der Lage sein könnte, den Abstand zu den USA aufzuholen, jedoch nur wenn die amerikanische Wirtschaft auf dem derzeitigen Niveau stagnieren würde. Danach kämen die Schweiz und Großbritannien. Sollte die US-Wirtschaft allerdings die gleichen Wachstumsraten erzielen wie zwischen 2000-2005, so würden sich die Spanne noch weiter ausdehnen.

**Diagram: Das Jahr, in dem die Europäischen Länder mit der US-Wirtschaft gleichziehen könnte, so fern die US-Wirtschaft nicht wächst und das Wachstum der europäischen Länder den Eurostat-Perspektiven entspricht.**



<sup>1</sup> Künstliche Währung, die die Unterschiede des Preisniveaus in den Ländern berücksichtigt.

Source: Eurostat und Timbro

Die Erweiterung der Union wird sich ebenfalls nachhaltig auf die Wettbewerbsposition Europas auswirken. Die Produktivität der EU-25 ist logischerweise geringer als die der EU-15. Es ist jedoch zu erwarten, dass das BIP in den nächsten Jahren rascher ansteigen wird, bedingt durch *knowledge-transfer* und Management und Kapital aus der „alten“ EU.

**Viele europäische Länder haben ein niedrigeres BIP pro Kopf als die Mehrzahl der amerikanischen Bundesstaaten.** Nur ein Land Europas kann den Staaten Konkurrenz bieten. Die luxemburgische Wirtschaft gehört, nach Angaben der Studie und gemessen an den klassischen Kriterien, zu den erfolgreichsten und wachstumsstärksten in der Europäischen Union. So ist das Bruttoinlandsprodukt mit 50.913 Euro pro Kopf in Luxemburg nahezu doppelt so hoch im EU-Durchschnitt, und die Arbeitslosenrate liegt bei vier Prozent. Allerdings haben im internationalen Vergleich die geringe territoriale Ausdehnung und die niedrige Einwohnerzahl Luxemburgs einen erheblichen Einfluss auf die Konjunkturdaten. Der starke Zufluss ausländischen Kapitals spielt ebenfalls eine große Rolle. Alle anderen EU-Länder werden in der Gruppe der ärmsten Staaten angesiedelt. Der materielle Wohlstand Connecticuts, zum Beispiel, wird als doppelt so hoch beziffert wie in Frankreich oder Großbritannien.

**Höheres Einkommen in Verbindung mit niedrigeren Steuern bedeutet höheren privaten Konsum in den USA.** Amerikanische Konsumausgaben der privaten Haushalte liegen 29 Prozent über Luxemburg, dem Land mit den höchsten Konsumausgaben Europas. Gegenüber dem EU-15 Durchschnitt gibt der Amerikaner jährlich 9.700 Dollar mehr aus - eine Differenz von 77 Prozent. Dies ist auf das höhere BIP und das Steuereniveau zurückzuführen.

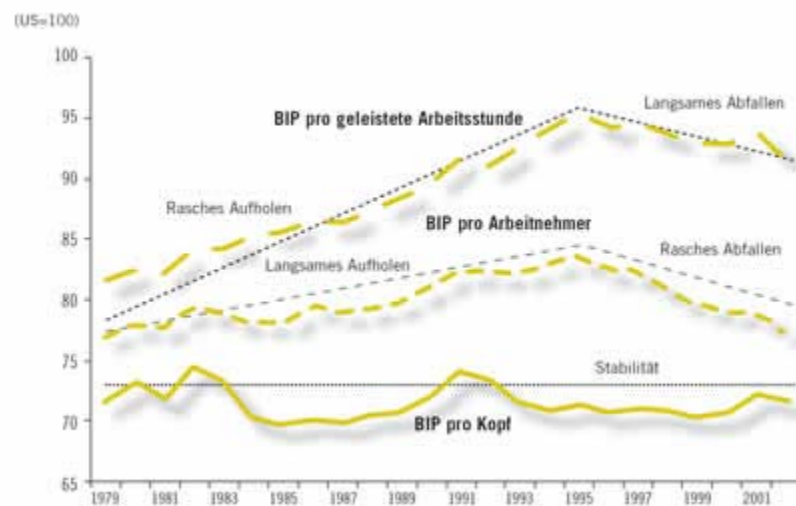
Nach Meinung der Experten ist der Erfolg der amerikanischen Wirtschaft auf das durchschnittliche Jahreswachstum zurückzuführen, nicht jedoch auf ein zyklisches Phänomen oder kurze rapide Wachstumszyklen. Zudem begünstigen die amerikanischen Steuerregelungen und niedrigere öffentliche Ausgaben das wirtschaftliche Wachstum. Wirtschaftsexperten verweisen auf den ausgedehnte Sozialstaat in weiten Teilen Europas. Insbesondere Deutschland leide unter strukturellen Problemen. Die ausdifferenzierte sozialstaatliche Fürsorge habe ihre Leistungsfähigkeit überschritten. Allein die Krankenversicherung, die Rentenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung bedürften dringender Reformen. Die hohe Belastung durch den Generationenwandel und nicht zuletzt die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen strapazierten die Kassen zusätzlich. Die hohe Staatsverschuldung und ein kompliziertes Steuerrecht würde ebenfalls ihren Teil dazu beitragen.

Nicht zuletzt verweisen Experten auf die unterschiedlichen Arbeitzeiten. Seit den 70 er Jahren vertritt Europa die Philosophie, daß weniger mehr bedeutet - was das Arbeiten anbelangt. Ein niedrigeres Einkommenswachstum als Preis für weniger Arbeitsstunden und längere Ferien wird gerne in Kauf genommen.

Europäer arbeiten heute durchschnittlich 10 Prozent weniger Stunden pro Jahr als Amerikaner, Deutsche sogar 18 Prozent weniger. Die Franzosen haben durchschnittlich 25 Urlaubstage pro Jahr, die Deutschen 30, während Japan bei 18 Tagen und die Vereinigten Staaten bei 12 Tagen liegen.

Obwohl die Studie belegt, daß das BIP pro Kopf in Europa unter dem der USA liegt, ist allerdings zu beachten, daß die Kennzahl in den USA anders errechnet wird und andere Faktoren beinhaltet – Software-Ausgaben, zum Beispiel, gelten in den USA als Investment, nicht jedoch als Ausgabe, wie normalerweise in europäischen Ländern. Mehrere Studien belegen deshalb, daß das Bruttoinlandsprodukt per Einwohner in Europa zwar niedriger sei, die BIP-Wachstumsrate pro Kopf in den letzten zehn Jahren, mit Ausnahme von Deutschland, allerdings mit den USA fast gleichauf liege.

**Grafik 1: Entwicklung des BIP pro Kopf, zur Produktivität pro Arbeitnehmer und zur Produktivität pro Arbeitsstunde in der EU, verglichen mit den USA (USA=100)**



*Quelle: Berechnungen von WIFO und CEPII, ausgehend von Daten des Groningen Growth and Development Centre.*

Die Timbro-Studie lässt keinen Zweifel daran, daß die Verlangsamung des Produktivitätswachstums in der EU, die sinkende Zahl der Arbeitsstunden pro Arbeitnehmer in der Union und der praktische Stillstand der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden im Verlauf der letzten 30 Jahre sich keinesfalls mit den Erwartungen eines weiter verbesserten Lebensstandards vereinbaren lässt.

\*\*\*

## Outsourcing-Debatte spielt prominente Rolle

Die Patriotismus-Debatte in den Vereinigten Staaten von Amerika ist in vollem Gange. Sowohl Demokraten als auch Republikaner befürchten, daß der *Offshoring*-Boom immer mehr hoch qualifizierte Jobs aus den USA ins Ausland verlagert. Waren es zunächst nur Computer-, Software- und Call Center Jobs, so profitieren heute Analysten, Anwälte, Architekten, Ärzte und Pharmaforscher in Niedriglohnländern immer mehr von Aufträgen aus dem Westen. Mit einer neuen Prognose des US-Marktforschungsinstitut *Forrester* mitten im US-Wahlkampf ist die Debatte um das *Offshoring* von IT- und Service-Jobs in Niedriglohnländer erneut angefacht worden. Danach sollen bis zum Jahr 2015 aus den USA insgesamt 3,4 Millionen IT-Jobs ins Ausland abwandern. Bis zum kommenden Jahr sollen bereits 830.000 Jobs ins Ausland verlagert werden, um 240.000 mehr als bisher prognostiziert. Besonders die verstärkte Berichterstattung über dieses Thema in den Medien habe Unternehmen inspiriert, ihre Aktivitäten in Billiglohn-Länder zu verlagern, analysiert *Forrester*. Gewinner des *Offshoring*-Booms seien neben Indien und den Philippinen zunehmend nordafrikanische Länder und Staaten wie Vietnam und Russland.

Dagegen ergab eine erst kürzlich veröffentlichte, von der US-Regierung in Auftrag gegebene aktuelle Untersuchung, dass lediglich eine relativ kleine Anzahl von Arbeitsplätzen durch Verlagerung aus den Vereinigten Staaten verloren gehe. Von den rund 239.361 Arbeitsplätzen, die im ersten Quartal betroffen waren, seien lediglich 4633 oder gleichbedeutend zwei Prozent ins Ausland verlagert worden. Der industrielle Mittlere Westen und Süden, und hier insbesondere die Industriegüterbranche, seien am stärksten betroffen. Die relativ niedrige Anzahl an Arbeitsplatzverlusten beflügelt die Argumente der Befürworter der Arbeitsplatz-Verlagerung, der Arbeitsplatzverlust an andere Länder stelle keinerlei Bedrohung für die amerikanische Wirtschaft dar.

Die *Outsourcing*-Debatte verspricht eine prominente Rolle im Wahlkampf einzunehmen. Während Wirtschaftsexperten vor Handelsbarrieren warnen, wird in den USA zunehmend versucht, die Verlagerung von Jobs zu erschweren. Die Diskussion um die Abwanderung in Niedriglohnländer hat bereits **gesetzliche Folgen** - der US-Senat verabschiedete ein Gesetz, welches die Vergabe von IT-Aufträgen ins Ausland erschwert. Mehrere US-Bundesstaaten erwägen ähnliche Initiativen. Derzeit liegen der Staatslegislatur 23 sogenannte anti-sourcing Gesetzes-Anträge vor, davon 6 dem US-Kongress.<sup>2</sup> Ein vom demokratischen

Stage in offshoring evolution	% of Fortune 1,000 companies at this stage	% of IT-services budget going offshore
"Bystanders"	50-60	0
"Experimenters"	25-30	1-5
"Committeds"	5-10	10-30
"Full exploiters"	< 5	40-50

Source: Forrester

<sup>2</sup> National Foundation for American Policy

Präsidentschaftskandidaten John Kerry eingebrachter Antrag sieht vor, dass Mitarbeiter von Call-Centern ihren Standort identifizieren müssen. Mit den Entwürfen wollen Gesetzesgeber der öffentlichen Furore um ‚white-collar‘ Jobs entgegenwirken.

### Experten kritisieren Patriotismus-Debatte

Nur wenige Wirtschaftstrends wecken so viele Ängste wie die um die Verlagerung von Jobs in Niedriglohnländer. Eine ausgewogene Analyse ergibt jedoch, daß das weltweite *Sourcing*, ermöglicht durch neue Technologien, die es erlauben Informationen zu digitalisieren und preisgünstiger zu übermitteln, wirkliche Vorteile birgt, trotz kurzfristiger Verdrängung von Arbeitsplätzen. Nach Meinung von Wirtschaftsexperten kann die amerikanische Wirtschaft aus globaler Auslagerung, freiem Handel, offenen Märkten und gesundem Wettbewerb viele Vorteile schöpfen, darunter mittel- und langfristige Arbeitsplatzbeschaffung, höhere Reallöhne, ein gesteigertes Realbruttosozialprodukt, gebremste Inflation und erweiterete Exporte - Faktoren, die allesamt einen Wirtschaftsaufschwung begünstigen. *Offshoring* ermöglicht Unternehmen nicht nur rund um die Uhr zu arbeiten, es verbessert zudem die Qualität und die Kosten der internationalen Telekommunikation. Die Kosten eines 1-minütigen Telefonats zwischen Indien und Amerika oder Großbritannien, beispielsweise, sind seit Januar 2001 um 80 Prozent gesunken.

Eine von der *Information Technology Association of America*, einem der führenden Handelsverbände der amerikanischen IT-Branche, gesponsorte Studie ergibt, dass Unternehmen durch die Verlagerung von Jobs **deutliche Einsparungen** erzielen können, durch die wiederum **neue Arbeitsplätze** im eigenen Land geschaffen werden. In der Untersuchung kam die Marktforschungsfirma *Global Insight*<sup>3</sup> zu der Schlußfolgerung, dass in den nächsten fünf Jahren zwar mehr IT-Jobs außerhalb der USA geschaffen werden,

Everyone's a winner		1
Benefit per \$1 of US spending sent offshore, 2002 est		
<b>United States</b>		
Savings accruing to US investors/customers		0.58
Imports of US goods and services by providers in India		0.05
Transfer of profits by US-based providers in India back to US		0.04
Net direct benefit retained in US		0.67
Value from US labour re-employed		0.45-0.47
<b>Potential net benefit to US</b>		<b>1.12-1.14</b>
<b>India</b>		
Labour	0.10	
Profits retained in India	0.10	
Suppliers	0.09	
Central government taxes	0.03	
State government taxes	0.01	
<b>Net benefit to India</b>	<b>0.33</b>	
Source: McKinsey Global Institute		

letztendlich werde die US-Wirtschaft aber von den Einsparungen profitieren. Gemäß der Studie sollen die von den USA für die *Offshore*-Verlagerungen von Computersoftware und IT-Diensten aufgewendeten Ausgaben um einen jährlichen Zinseszinssatz von beinahe 26 Prozent ansteigen, welches sich auf eine Steigerung von ungefähr 10 Mrd. USD im Jahre 2003 auf 31 Mrd. USD für 2008 beläuft. Für denselben Zeitraum wird für die aus der Nutzung von *Offshore*-Ressourcen gewonnenen Geamteinsparungen ein Anstieg von 6,7 Mrd. USD auf 20,9 Mrd. USD

<sup>3</sup> [www.ita.org](http://www.ita.org), [www.gii.com](http://www.gii.com)

vorausgesagt. Durch den Einsatz von *Offshore*-Ressourcen werden Kosten gesenkt und die Produktivität angekurbelt, was wiederum niedrige Inflationsraten und Zinssätze sowie **positive Wirtschaftstendenzen** zur Folge hat. Letztere tragen zu einer breiten Palette neuer Arbeitsplätze bei – sowohl in der IT-Branche als auch anderen Industrien. Die Anzahl der Jobs und Höhe der Gehälter sollen insgesamt ansteigen. Bis 2008 sollen 317.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, heißt es in der Studie. Dieses Argument wird von einer neuen McKinsey-Studie unterstützt, wonach 78 Prozent der in Übersee investierten Mittel dem Heimatstandort zugute kommen. Demnach verdient ein Software-Entwickler in den USA 60 Dollar pro Stunde, in Indien nur 6 Dollar. Die Einsparungen und andere Voreile würden einen 50-prozentigen Wachstum in Ertragsgewinnen für amerikanische Unternehmen erbringen, so McKinsey.

„We have long held the position that worldwide sourcing creates more jobs and higher real wages for American workers“, so ITAA Präsident Harris N. Miller. „Now we have the data that prove it. This research replaces fear with sound economic analysis, allowing for an informed approach to the global marketplace.“

**Auch in Europa ist das Service-Offshoring auf dem Vormarsch.** Rund 40 Prozent der europäischen und 25 Prozent der deutschen Topunternehmen haben bereits Dienste ins Ausland verlagert – 44 Prozent der Unternehmen planen (weitere) Maßnahmen für die kommenden Jahre. So lautet das Ergebnis einer umfassenden Studie zum Auslagern von Service-Leistungen, die *Roland Berger Strategy Consultants* und *United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)* mit 100 führenden europäischen Unternehmen durchgeführt haben. 70 Prozent der Unternehmen planen, durch Verlagerung Lohnkosten zu senken. Die durch *Offshoring* erzielten Einsparungen beziffern sich auf durchschnittlich 30 Prozent.






Doch auch in Deutschland wird der Wirtschaftstrend zunehmend mit kritischem Auge betrachtet und die Verlagerung von Jobs als unpatriotisch gegeißelt. Negativ-Debatten und Handelsbarrieren stellen jedoch keine Lösung dar. Wie sagte kürzlich der neugewählte Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede so treffend: „Unsere Antwort auf ‚Made in China‘ kann nicht Abschottung sein, sondern nur die kreativeren Ideen ‚Made in Germany‘“. Nur mit Innovationen und Wissensvorsprung können wir innerhalb der Globalisierung Arbeitsplätze sichern.

\*\*\*

## Kanada nach den Parlamentswahlen - Business as usual ?

### Nach der Wahnacht nur Gewinner

Kanada hat gewählt und Premierminister Martin nun die Qual der Wahl. Wie die KAS Washington bereits in der *Politischen Berichterstattung* vom Juni 2004 informierte, brachte der Urnengang am 28. Juni 2004 keine klaren Mehrheitsverhältnisse hervor.

308 of 308 ridings	
<b>LIBERALS</b>	
	
SEATS WON / AHEAD	135
PERCENTAGE VOTE	36.7
<b>CONSERVATIVES</b>	
	
SEATS WON / AHEAD	99
PERCENTAGE VOTE	29.6
<b>BLOC QUEBECOIS</b>	
	
SEATS WON / AHEAD	54
PERCENTAGE VOTE	12.4
<b>NEW DEMOCRATS</b>	
	
SEATS WON / AHEAD	19
PERCENTAGE VOTE	15.7
<b>GREEN</b>	
	
SEATS WON / AHEAD	0
PERCENTAGE VOTE	4.3
<b>OTHERS</b>	
SEATS WON / AHEAD	1
PERCENTAGE VOTE	0.1
155 seats required for majority government	

Fanden auch diesmal die Liberalen ihre Hochburgen in den Provinzen am Atlantik, erfuhren die Konservativen zunehmend in Pazifiknähe einen deutlich größeren Wählerzuspruch. Die Regierungsfraktion schrumpfte allerdings im House of Commons um 37 Sitze auf nunmehr 135. Die vorhergesagten erdrutschartigen Einbrüche traten aber nicht ein. Die Liberalen bleiben mit Abstand stärkste Fraktion.

Im Gegensatz zu diesen Stimmenverlusten konnten alle Oppositionsparteien zum Teil erhebliche Zuwächse verzeichnen. Das wiedervereinigte konservative Lager aus der vormaligen Conservative Alliance und Progressive Conservative mit Stephen Harper an der Spitze verfügt jetzt über 99 Sitze (+21), der von Gilles Duceppe in die Wahlen geführte separatistische Bloc Québécois über 54 Sitze (+16) und die sozialdemokratischen New Democrats unter der Führung von Jack Layton über 19 Sitze (+6). Die Grünen verpassten den Einzug ins Parlament.

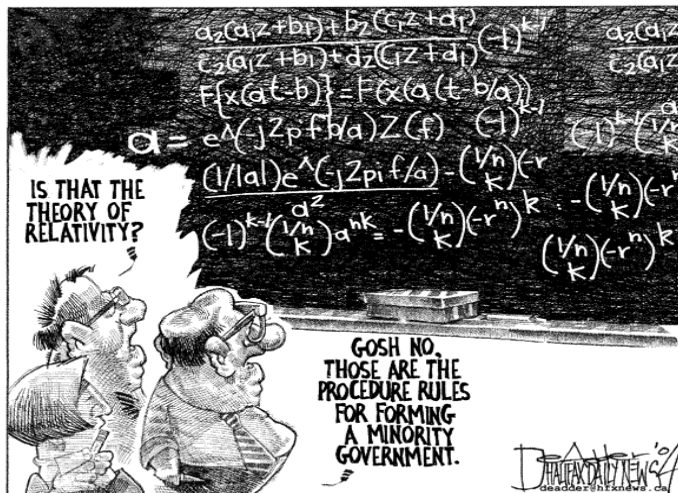
„Waren die Wahlen schon spannend, so dürfte es jetzt noch spannender werden!“ sind sich die politischen Auguren vor Ort einig. Im nunmehr 308 Abgeordnete umfassenden House of Commons verfügt keine Partei über eine absolute Mehrheit. Dies ist ungewöhnlich, wird doch das kanadische Unterhaus nach Mehrheitswahlrecht mit Einerwahlkreisen gewählt.

Ungewöhnlich auch, dass Premierminister Martin überhaupt vorzeitige Parlamentswahlen ausrief. Hätte er doch sein auf einer komfortablen absoluten Mehrheit von 21 Sitzen beruhendes Regierungsmandat noch bis 2005 ausüben können. Nun aber muss er Koalitionsbildungen oder eine Minderheitsregierung erwägen – beides historisch untypisch für Kanada. Die letzte

Minderheitsregierung unter dem damaligen konservativen Premierminister Joe Clark liegt fast ein Vierteljahrhundert zurück und hatte nur neun Monate Bestand. Mit wem die Liberalen koalieren sollen, ist indes fraglich.

Obwohl der Wahlkampf hart geführt wurde und Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung allseits die Gemüter erhitzen, wirkten die inhaltlichen Kontroversen um Werte sowie die Gesundheits-, Steuer- und Außenpolitik schal.

Angesichts dieser Ausgangslage, sollte es eigentlich nicht schwer fallen, die Wahlkampfrhetorik hinter sich zu lassen und sachpolitische Einigungen zu erzielen.



source: [www.cagle.slate.msn.com/](http://www.cagle.slate.msn.com/)

Alles ins allem befindet sich Kanada derzeit in guter Verfassung. Als einziges Land im Kreis der führenden Industrienationen (G 8) weist Kanada seit dem Haushaltsjahr 1997/98 kontinuierlich Überschüsse auf. Für das laufende Budgetjahr ist ein Überschuß von 3 Milliarden kanadischen Dollar geplant. Die kanadische Zentralbank und private Ökonomen sagen in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,75 Prozent voraus, das sich auf 3,75 Prozent im kommenden Jahr erhöhen werde.

Es bleibt allerdings abzuwarten, ob für die bisherigen Oppositionsparteien nicht die Aussicht auf eine scheiternde Minderheitsregierung und anschliessend notwendig werdenden Neuwahlen nicht verlockender ist. Die Politiker schauen also betroffen, das Wahlvolk sprach und dennoch sind alle Fragen offen.

### Die Liberalen ohne absolute Mehrheit

So hatte sich das Paul Martin sicherlich nicht vorgestellt. Endlich wollte er aus dem Schatten seines Vorgänger Jean Chrétien heraustreten und beweisen, dass auch er nicht nur Wahlen gewinnen kann, sondern auch über den politischen Instinkt verfügt, Neuwahlen zum geeignetsten Termin einzuberufen.

Es muss wohl die schiere Verzweiflung gewesen sein, die die Liberalen dazu bewog, die Auseinandersetzung mit den Konservativen zu einer Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Nation zu stilisieren – „Stephen Harper als George W. Bush jun. Kanadas, die Konservativen als Wiedergänger der US-



amerikanischen Neokonservativen, Kanada in der Gefahr, US-amerikanisiert zu werden.“

Darüber hinaus stand die liberale Wahlkampagne ganz im Zeichen der Forderung nach Stärkung des staatlichen Gesundheitswesens, der Sicherstellung der wirtschaftlichen Prosperität und des Bekenntnis zu einer multilateral geprägten kanadischen Aussenpolitik. Verpackt in die Schlagworte „Gerechtigkeit, Fortschritt, Wachstum, Demokratie, Umweltschutz, Multilateralismus und Weltoffenheit“, strich man seitens der Regierung die Notwendigkeit politischer Kontinuität heraus.



*Paul Martin*

### **Die Konservativen noch nicht am Ziel**

„Wer hätte sich vor einem Jahr träumen lassen, dass wir mit den Liberalen konkurrieren können?“ so das einhellige Votum der konservativen Partei nach den Wahlen. In der Tat legten die Konservativen eine lange Wegstrecke bis zu den errungenen Stimmenanteilen zurück. Es war wohl vor allem der Verdienst Stephen Harpers, dass die Konservativen Kanadas wieder zusammenfanden und die leidige Aufspaltung in Conservative Alliance und Progressive Conservative überwunden werden konnte.

Im Mittelpunkt der Wahlkampfkampagne stand ein Generalangriff auf die Glaubwürdigkeit der in Finanzskandale verstrickten Liberalen, die der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit wegen den Weg frei für einen Wechsel machen sollten. Sachpolitisch wurden umfangreiche Steuersenkungen in Aussicht gestellt und sich zu strikter Haushaltsdisziplin bekannt. Zum dritten Standbein des konservativen Wahlkampfes firmierte die angepeilte politische Stärkung und finanzielle Aufwertung der Peace-Keeping-Kapazitäten des kanadischen Militärs. Übereinstimmend mit den Liberalen komplettierte die Forderung nach Ausbau des kanadischen Gesundheitswesens das Wahlprogramm der Konservativen. Wenngleich dies im Gegensatz zu den Plänen der Liberalen nicht steuer- oder abgabenfinanziert geschehen soll. Auffallende Zurückhaltung übte man im Beziehen einer Stellung zur Homosexuellen-Ehe. Diese sichtlichen Bemühungen um die politische Mitte manifestieren sich auch im Nachgang der Wahlen. So kündigte Harper bereits an, bei sachpolitischen Übereinstimmungen mit den Liberalen kooperieren zu wollen. Eine allgemeine politische Unterstützung der Liberalen sei freilich nicht zu erwarten.

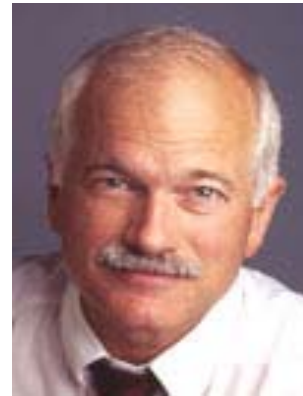


*Stephen Harper*

## **Die Neuen Demokraten als Zünglein an der Waage**

Die beachtlichen Zugewinne der New Democrats lassen aufhorchen. Unter Führung von Jack Layton mauserten sie sich zu einer politischen Kraft mit beachtlichem strategischen Gewicht. In fast allen wichtigen Politikfeldern besteht grosse Einigkeit mit den Liberalen.

Wirtschaftlicher Erfolg muss sich für die New Democrats an niedrigen Arbeitslosenzahlen messen lassen. Neben der Forderung nach Stärkung des kanadischen Gesundheitswesens und dem Eintreten für eine nachhaltige, ökonomischen wie ökologischen Aspekten Rechnung tragenden Entwicklungspolitik fiel die NDP vor allem durch den Einsatz für eine breitere Öffnung des Zuganges zur Hochschulbildung durch Senkung der Studiengebühren auf. Auch das Bekenntnis zur Legalisierung des Konsums weicher Drogen sorgte für Furore.



*Jack Layton*

So konträr vielerorts die Sichtweisen auch in Bezug auf die Konservativen sind, die Positionen in Bezug auf die Pflicht der Liberalen zur schonungslosen Aufarbeitung der eigenen Verwicklung in eine Reihe von Korruptionsskandalen sind identisch. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Wirkung dieser Finanzskandale einer Kooperation mit den Liberalen im Wege stehen wird.

## **Der Bloc Québécois politisch isoliert**

Auch die Anhänger des Bloc Québécois fühlen sich nicht ohne Grund als Gewinner der Parlamentswahlen. Zwar blieb der Stimmenzuwachs letztlich hinter den Erwartung der Demoskopien zurück, doch mit einem Zugewinn an Sitzen von ca. 50 % ist die Stärkung separatistischer Bestrebungen in der Provinz Quebec nicht von der Hand zu weisen.

In allen Politikfeldern spricht sich der Bloc Quebecois für die grundsätzliche Stärkung der Befugnisse der im kanadischen Provinzen ein. Vom Ziel der Autonomie Quebecs verabschiedet man sich dabei gleichwohl keineswegs.

Nicht minder ausgeprägt tritt der Bloc Québécois für Umweltbelange ein. Im Bereich des Verbraucherschutzes spricht man sich für die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Nahrungsmittel aus. Die Reduktion der Umweltverschmutzung wird als zentrale Zukunftsaufgabe höchster Priorität betrachtet.



*Gilles Duceppe*

Eine Ablehnung des Kyoto-Protokolls durch die Konservativen ist aus Sicht des Bloc Québécois unverantwortlich. Im wirtschaftlichen Bereich sorgte die Forderung nach Einführung einer gemeinsamen amerikanischen Währung nach dem Muster des Euro für Schlagzeilen.

### **Nach der Wahl ist vor der Wahl**

Die unklaren Mehrheitsverhältnisse im neuen House of Commons bei allenthalben beachtlichen Stimmenzuwächsen für die Oppositionsparteien lassen eine Fortführung des Wahlkampfes erwarten. Viel wird vom Verhalten der New Democratic Party gegenüber den Liberalen abhängig sein. Breite Übereinstimmung in fast allen Politikfeldern stehen der Aufarbeitung der Verquickung in Finanzskandäle durch die Liberalen und der Hoffnung, beim nächsten Urnengang weitere Stimmengewinne verbuchen zu können gegenüber. Aber auch die konservative Partei wird sich überlegen müssen, wie ausgeprägt die eigene Oppositionsrolle ausfallen soll.

So unterschiedlich auch die politischen Selbstverständnisse der Parteien sein mögen, weder die Liberalen, noch die alle restlichen Parteien kommen an der Tatsache vorbei, dass auch in Kanada die Wahlen in der Mitte gewonnen werden. Wie sehr dieses Faktum bereits die Wahlkampfstrategien der einzelnen Parteien bei den jetzigen Parlamentswahlen prägte, zeigt sich beim Blick auf die Annäherung der unterschiedlichen Positionen zur Frage der Legitimität von Homosexuellen-Ehen. Letztlich ist es daher zweifelhaft, ob sich die artikulierten Differenzen in der Außen-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik wirklich in einer veränderten Regierungspolitik niederschlagen würden. Die Politik der bisherigen Regierung entspricht dem Willen der Mehrheit des kanadischen Wahlvolkes. Die Krise der Liberalen ist hausgemacht und eine Regierungsübernahme durch die Konservativen nur dann wahrscheinlich, wenn die Vergangenheitsaufarbeitung der Liberalen misslingt. Voraussetzung für einen Regierungswechsel ist aber ein weiteres Drängen der Konservativen in die politische Mitte. Die Regierungsverhältnisse in Kanada mögen derzeit instabil sein, die Wahrscheinlichkeit, dass mit einem Regierungswechsel auch ein Politikwechsel wie zuletzt in Spanien einhergehen könnte, ist äußerst gering.

\*\*\*

## **Der „EU-Amerika-Gipfel“ im irischen Newmarket-on-Fergus – zurück zur transatlantischen Partnerschaft?**

---

Der diesjährige EU-Amerika-Gipfel im Irischen Newmarket-on-Fergus fand auf höchster Ebene statt. Aus den Vereinigten Staaten reisten neben Präsident George W. Bush auch Außenminister Colin Powell, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Handelsminister Don Evans zu dem mit Spannung erwarteten Gipfeltreffen an. Auf Seiten der Europäischen Union (EU) nahm neben EU-Ratspräsident Ahern, Kommissionspräsident Romano Prodi und mehreren Kommissaren auch EU-Chefdiplomat Javier Solana teil. Die Agenda des diesjährigen EU-Amerika-Gipfels war mit brisanten Fragen gespickt. Im Mittelpunkt des nur dreistündigen Treffens stand der Kampf gegen den Internationalen Terrorismus, der Nahe Osten und Fragen des Luftverkehrs. Vor allem aber drehte sich das Gespräch um die Zukunft des Iraks.

Kurz vor der Machtübergabe an eine souveräne irakische Regierung und vor dem Hintergrund des im Anschluss in Istanbul stattfindenden NATO Gipfels ging es im Besonderen auch um die zukünftige Rolle der NATO im „neuen“ Irak. Gleich zu Beginn der Verhandlungen verteidigte US-Präsident George W. Bush das amerikanische Engagement im Irak. Es ginge um die Verbreitung von Freiheit. Nach dem Sturz des Baath-Regimes in Bagdad sei die Welt, hingegen vieler Kritiker, sicherer geworden. Bush verwies darauf, dass die meisten europäischen Staaten die Invasion in den Irak unterstützt hätten. Sicherheitsberaterin Rice betonte in diesem Zusammenhang die Rolle der NATO und appellierte an das Pflichtbewusstsein der Bündnispartner. „Hier geht es um die Verbreitung von Freiheit. Dafür hat sich die NATO von Beginn an eingesetzt. Viele NATO-Mitglieder wären heute selbst nicht frei, hätten andere nicht Opfer gebracht, darunter die Vereinigten Staaten.“

### **Die Gretchenfrage nach der Rolle der NATO**

Die Botschaft der US-Administration ist eindeutig: Europa, vor allem aber die „Hauptkriegsgegner“ Deutschland und Frankreich sollen aus der Protestecke heraus gebracht werden und sich konstruktiv am Aufbauprozess im Irak beteiligen. Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice brachte kurz vor der Abreise in Richtung Irland die amerikanische Linie um Umgang mit Irak-Kriegsgegnern wie folgt auf den Punkt: *„Wenn ich mit Europäern rede, dann fordere ich sie auf: **Erinnert euch an die dunkelsten Momente eurer eigenen Geschichte und stellt euch vor, was passiert wäre, wenn andere Länder euch damals im Stich gelassen hätten.**“* Hintergrund dieser Debatte ist ein Schreiben des irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi. In diesem bittet er die Staaten des Nordatlantischen Bündnisses um konstruktive Hilfe beim Aufbau seines Landes, speziell geht es ihm dabei um die Ausbildung von Sicherheitskräften. Deutschland hat diesbezüglich bereits seine volle Unterstützung signalisiert,

beschränkt sich dabei jedoch auf die Ausbildung von Sicherheitskräften außerhalb des Iraks. So ist beispielsweise vorgesehen, Teile des zukünftigen irakischen Führungspersonals an der Bundeswehr Akademie in Hamburg auszubilden. Eine Verlegung deutscher Truppen in den Irak, auch im Rahmen eines NATO-Einsatzes, lehnt die Bundesregierung, ebenso wie Frankreich, kategorisch ab. Dass die zukünftige Entwicklung der NATO für die transatlantischen Beziehung von außerordentlicher Wichtigkeit ist, steht außer Frage. Interessant ist hingegen, wie verschiedene Autoren und politische Beobachter diesseits wie auch jenseits des Atlantiks diese aktuellen Entwicklungen beurteilen. Einige konservative US-amerikanische Autoren, wie der oft als „Falke“ bezeichnete Publizist Ronald Kagan, sehen an dieser Frage sogar die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft per se aufgehängt. In einem seiner zuletzt publizierten Leitartikel warnt Kagan sogar vor einem „tödlichen Schlag für die transatlantischen Beziehungen“, sollte die NATO im Irak nicht in höherem Maße als bisher eingebunden werden. Doch nicht nur aus konservativen Kreisen, auch von Seiten der Demokraten sind deutliche Worte in Richtung Deutschland und Frankreich zu vernehmen.

So fordert der einflussreiche demokratische Senator Joe Biden die irakische Regierung auf, Deutschland und Frankreich direkt um Aufbauhilfe zu bitten. Dies würde die jeweiligen Regierungen, anders wie bei einer „anonymen“ NATO-Anfrage, zweifelsohne unter erheblichen Zugzwang stellen. Der deutsche NATO-Experte Henning Rieke beschreibt die Lage wie folgt. „Wir haben zurzeit drei NATO in einer. Die *NATO des Kalten Krieges*, die *NATO der 90er Jahre* und schließlich die *neue NATO*. Nach Maßgabe der Amerikaner soll die NATO des 21. Jahrhunderts vor allem ein effektives Instrument im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus sein. Anders als in den Zeiten der bipolaren Konfrontation zwischen Warschauer Pakt und NATO ist das Bündnis heute, in Zeiten der asymmetrischen Bedrohung, ganz anderen Herausforderungen ausgesetzt als in den Jahrzehnten zuvor. Der Gegner ist ungleich schwerer zu definieren als im Kalten Krieg, ergo ist es ungleich schwerer, eine gemeinsame Agenda, geschweige denn eine Zukunftsversion zu entwerfen. Für Olaf Theiler, Autor des Buches „Die NATO im Umbruch“, lautet die Gretchenfrage für die europäischen NATO-Mitglieder, inwieweit diese bereit seien, unter Führung der USA mehr zur Unterstützung einer globalen Sicherheitspolitik zu tun. Die USA hingegen, so der NATO-Experte, müssten Abschied von ihrem instrumentalen Verhältnis zur NATO nehmen. Vielen kritischen Beobachtern scheint es, als nutze die USA das Bündnis lediglich als eine Art „tool-box“, in dem sie sich nach Belieben bediene – eine „NATO [à la carte](#)“.

### **Die neue Strategische Kooperation**

Ein Schritt zu einer vertieften strategischen Kooperation war das, gemeinsam von EU und USA, unterzeichnete Abkommen zum Kampf gegen den Internationalen Terrorismus. Zentraler Punkt dieser Vereinbarung ist ein Auslieferungs- und Rechtsabkommen. In diesem Abkommen verständigen sich Washington und Brüssel auf gegenseitige Unterstützung bei der polizeilichen

Ermittlung sowie auf eine unproblematische Auslieferung verdächtiger Personen. Zunächst drohte das Abkommen am Widerstand Frankreichs und Portugals zu scheitern. Erst als die US-Administration zugestimmt hatte, „dass die Todesstrafe gegen die gesuchten Personen nicht verhängt“ oder „nicht vollstreckt“ werde, stimmten auch diese beiden Staaten dem Entwurf zu. Große Zustimmung aus Washington erhielt die neueste EU-Initiative hinsichtlich des Umgangs mit Massenvernichtungswaffen, sowie die vom EU-Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, entworfene EU-Sicherheitsdoktrin. Diese schließt die Option einer „robusten Intervention“ und den „Einsatz von Gewalt“ -entgegen früherer EU-Ansätze- nicht mehr aus.

Neben diesen sicherheitspolitischen Themen standen aber auch eine Reihe handels- und wirtschaftspolitischen Punkten auf der Agenda. So unterzeichneten gleich zu Beginn des Gipfeltreffens der Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft, der irische Außenminister Brian Cowen und US-Außenminister Colin Powell ein Papier über die Kooperation der Satellitennavigationssysteme GPS und Gallileo. Bisher befürchteten die USA, nach Auskunft von Diplomaten, die Öffnung des US-Systems GPS würde die Sicherheit des militärischen GPS-Systems beeinträchtigen.

### **Nahost – „roadmap“ Richtung Frieden oder ewige Sackgasse?**

Trotz dieser erfolgreichen Schritte, denen zweifelsohne der Wille und die Einsicht für die Notwendigkeit einer verstärkten transatlantischen Kooperation zu Grunde liegen, blieben einige besonders kontroverse Punkte offen. Trotz „roadmap“ und Nahost-Quartett (USA, EU, Russ. Föd., Vereinte Nationen), fällt es der EU und den USA immer noch schwer, sich auf eine gemeinsame Linie hinsichtlich des Nahostkonflikts zu verständigen. Besonders verdeutlicht sich diese Kontroverse im Umgang mit der palästinensischen Autonomiebehörde. Jassir Arafat, welcher für die Amerikaner auf Grund seiner Verstrickung in die palästinensischen Terrororganisationen schon lange kein ernstzunehmender Verhandlungspartner mehr ist, scheint für Vertreter der EU immer noch salonfähig zu sein. Dies zeigen vor allem die quasi bilateralen Treffen zwischen Chefdiplomate Javier Solana und Jassir Arafat, die den Chef der palästinensischen Autonomiebehörde unweigerlich in hohem Maße politisch aufwerten.

Ob dieses vor dem Hintergrund der multilateralen Verhandlungen des so genannten „Nahost-Quartetts“ diplomatisch geschickt ist, bleibt offen. Weitere Differenzen zwischen Washington und Brüssel zeigen sich bei der Frage nach der Ächtung des politischen Flügels der Hamas. Diesbezüglich bestehen weiterhin große Differenzen zwischen Europäern und Amerikaner. Der Verhandlungsspielraum scheint nicht sehr groß zu sein. Bis auf Großbritannien argumentieren die Vertreter der restlichen EU-Staaten weiterhin, dass dem politischen Arm der Hamas eine gewichtige soziale Rolle innerhalb der Palästinensergebiete zukomme und sich eine Ächtung aus diesem Grunde ausschließe. Welche Rolle jedoch die gesamte Hamas, neben anderen ähnlichen Organisationen, bei der Rekrutierung und direkten als auch indirekten

Unterstützung von potenziellen Attentätern spielt, in welcher Weise EU-Hilfsgelder in Milliarden Höhe möglicherweise über die Autonomiebehörde in dunklen Kanälen verschwinden und so den Terror gegen Israel mitfinanzieren, wird hingegen von Brüssel –nach Washingtoner Version- verdrängt.

### **Wenig Medienecho für irisches Gipfeltreffen**

Interessanter Weise war aus den US-Medien kaum etwas über den EU-Amerika-Gipfel zu erfahren. Dies mag einerseits an dem im unmittelbaren Anschluss in Istanbul stattgefundenen NATO-Gipfel gelegen haben, kann auf der anderen Seite aber auch als Zeichen für die geringe Relevanz der EU, vor allem hinsichtlich sicherheitspolitischer Fragen, gewertet werden. Natürlich besteht kein Zweifel - spätestens seit der letzten VN-Sicherheitsratsresolution zum Irak – bewegt sich die US-Administration in Richtung Multilateralismus. Aufgrund der herausragenden Kapazitäten sind die USA nur bedingt auf militärische Unterstützung angewiesen. Dies lässt sich schnell mit einem Blick auf die Verteilung der Truppen innerhalb der „Koalition der Willigen“ feststellen. Hier trägt noch immer die USA den Löwenanteil. Bei der Suche nach internationalen Partnern geht es der derzeitigen Administration zweifelsohne um den Zugewinn von politischer Legitimität. Der Krieg sei gewonnen, Saddam Hussein sei gestürzt und anstelle von Diktatur herrsche Freiheit. Jetzt gelte es jedoch, Frieden und Stabilität in das Land zu bringen und eben dies sei nur mit breiter internationaler Unterstützung möglich, die da laute: Vereinte Nationen und vor allem NATO.

### **Guter Auftakt für Istanbul NATO-Gipfel**

Das Gipfeltreffen in Irland als Beginn einer „neuen Ära der transatlantischen Beziehungen“ zu bezeichnen wäre zum jetzigen Zeitpunkt mit Sicherheit übertrieben. Fest steht jedoch, dass die Ergebnisse des Gipfels auf jeden Fall in die richtige Richtung weisen. Die von manchen Kommentatoren als „transatlantische Eiszeit“ bezeichnete Periode scheint überwunden zu sein. Das gemeinsame Abkommen zum Kampf gegen den Terrorismus, die von den USA gelobte EU-Initiative bezüglich des Umgangs mit Massenvernichtungswaffen, sowie die neue EU-Sicherheitsdoktrin sind unbestritten als Zeichen einer neuen Kooperation zu werten. Auch hinsichtlich der Frage nach dem Einsatz der NATO im Irak wurden mit der Zusicherung von Unterstützung seitens der EU wichtige Verhandlungsgrundlagen geschaffen. Trotz der Differenzen in der Nahost-Politik lässt sich die Stimmungsfazit dieses Gipfels als entideologisiert und pragmatisch charakterisieren.